

## Milliarden für den EU-Schuldensumpf?

Geschrieben von: anian.liebrand@info8.ch  
Dienstag, den 14. Dezember 2010 um 13:32 Uhr

---



Um den Kollaps der bankrotten EU-Staaten zu verhindern, oder besser gesagt, hinauszuzögern, will der Internationale Währungsfonds (IWF) einen Rettungsfonds von rund 550 Milliarden Dollar errichten. Die Schweiz soll sich dabei mit 18 Milliarden Franken beteiligen. Bundesrätin Widmer-Schlumpf wollte ursprünglich gar 30 Milliarden (die Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes!) opfern. Mit Müh und Not hat das Parlament diesen Finanzanschlag zum Glück noch abwenden und auf die Frühlingssession verschieben können.

Als Steuerzahler kommt man sich einmal mehr verschaukelt vor. Da feilschen die Räte, eidgenössisch wie kantonale, stundenlang um Ausgabenkürzungen in der Bildung, Sparpakete werden geschnürt und dringend nötige Infrastrukturprojekte werden mangels Geld auf Eis gelegt. Und dann hören wir aus Bern, dass plötzlich mir nichts dir nichts, 18 Milliarden Franken an hart erarbeiteten Steuereinnahmen für die marode Finanzpolitik der EU aus dem Ärmel geschüttelt werden können. Dabei ist es absolut unverständlich, warum die Schweiz für jene bankrotten EU-Staaten gerade stehen muss, die jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt haben, nur um die zum Scheitern verurteilte Einheitswährung Euro künstlich am Leben zu halten.

Unfassbar ist auch, warum sich eine Mehrheit sogenannter Volksvertreter permanent vor dubiosen internationalen Gremien duckt und sich weigert, die Trümpfe unseres Landes auszuspielen. Warum beharrt der Bundesrat nicht darauf, die Geldspritzen an die EU an konkrete Zusicherungen zu koppeln – statt sich von der EU noch ständig unter Druck setzen zu lassen? Die beste Versicherung in der Krise wäre eine Aufstockung der Goldreserven, so wie es die Finanzspezialisten der Welt ebenfalls seit längerem tun. Die Schweiz ist gut beraten, per sofort aus dem IWF auszutreten und ihre Geldpolitik aus den Ketten der globalen Verschuldungsallianz zu lösen. Es sei denn, wir wollen mit der EU im Schuldensumpf versinken.